

Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Ratsbetreuender Fachbereich Allgemeine Verwaltung, Verwaltungssteuerung	Datum 03.06.2004
	Schriftführer Telefon-Nr. Herr Kredelbach 02202/142237
Niederschrift	
Rat	Sitzung am 27.05.2004
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:06 Uhr – 18:17 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlußfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates vom 25.03.2004 - öffentlicher Teil -
237/2004**
- 4. Mitteilungen der Bürgermeisterin**
- 5. Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft**
 - 1. Inhaltliche Neuorientierung**
 - 2. Strukturelle Veränderung/Neufassung des Gesellschaftsvertrages
152/2004**

- 6.1 **Brandschutzbedarfsplan der städtischen Feuerwehr;
Informationen zum Grad der Zielerreichung in 2003**
253/2004
- 6.2 **Brandschutzbedarfsplan der städtischen Feuerwehr;
Vorgabe von intensiveren Auflagen im vorbeugenden Brandschutz**
261/2004
7. **XV. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für Kran-
kentransporte der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Bergisch Gladbach**
267/2004
8. **Entgelte für die VHS-Veranstaltungen im Herbstsemester 2004**
206/2004
9. **Satzung der Stadt Bergisch Gladbach zur Erhebung von Elternbeiträgen im
Rahmen des außerunterrichtlichen Angebots an den städtischen Grundschulen
und der Wilhelm-Wagener-Schule**
222/2004
10. **Richtlinien zur Förderung des außerunterrichtlichen Angebotes an den Grund-
schulen und weiterführenden Schulen der Stadt Bergisch Gladbach**
219/2004
11. **Richtlinien zur Förderung der Kindertagesstätten;
Beseitigung eines redaktionellen Fehlers**
268/2004
12. **Einwohnerfragestunde**
279/2004
13. **Feststellung des Jahresabschlusses 2002 für die eigenbetriebsähnliche Einrich-
tung "Verkehrsflächen der Stadt Bergisch Gladbach"**
231/2004
14. **Parkraumbewirtschaftung**
108/2004
15. **Änderung Nr. 109/4112 - Goethestraße - des Flächennutzungsplanes
- Beschluß der Änderung**
183/2004
16. **Änderung Nr. 144/2224 - Am Heidedor - des Flächennutzungsplanes
- Beschluß der Änderung**
180/2004
17. **Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 2224 - Am Heidedor -
- Beschluß zu Anregungen
- Beschluß als Satzung**
181/2004

18. **Bebauungsplan Nr. 3342 - Lohhecke**
- **Beschlüsse zu Anregungen**
- **Beschluß als Satzung**
280/2004
19. **Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 1224 - Seelsheide -**
282/2004
20. **Klarstellungs- und Ergänzungssatzung Nr. 1134 - Im Krusbusch -**
- **Beschluß zu Anregungen**
- **Beschluß als Satzung**
175/2004
21. **Angelegenheiten des Ausländerbeirates**
273/2004
22. **Entsendung in das Kuratorium der "Bürgerstiftung für Bergisch Gladbach"**
204/2004
23. **Amtszeit der Aufsichtsratsmitglieder der Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg (SRS) mbH;**
Entsendung einer Vertreterin/eines Vertreters der Stadt Bergisch Gladbach in den Aufsichtsrat der SRS
269/2004
24. **Neuberufung eines Mitgliedes in den Verwaltungsausschuß der Agentur für Arbeit**
270/2004
25. **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 13.05.2004 zur Umbesetzung in verschiedenen Ratsausschüssen**
283/2004
26. **Anfragen der Ratsmitglieder**

B **Nichtöffentlicher Teil**

1. **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung
- nichtöffentlicher Teil -**

2. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates vom
25.03.2004 - nichtöffentlicher Teil -
238/2004**

3. **Mitteilungen der Bürgermeisterin**

4. **Übernahme von Bürgschaften
262/2004**

5. **Anfragen der Ratsmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlußfähigkeit

@-> Bürgermeisterin Opladen eröffnet die Sitzung und stellt fest, daß der Rat rechtzeitig und ordnungsgemäß einberufen wurde sowie beschlußfähig ist.

Sie benennt für die heutige Sitzung folgende relevanten Unterlagen:

1. die Einladung vom 14.05.2004 mit den beigefügten Vorlagen,
2. das Schreiben vom 19.05.2004 mit der aktualisierten Anlage zur Tagesordnung und
3. eine Tischvorlage zur schriftlichen Anfrage der FDP-Fraktion vom 21.05.2004 zum Untersuchungsbericht des Fachbereichs 7 über die Erhebung der Abwasserabgabe 1996 bis 2002.

Danach schlägt Bürgermeisterin Opladen vor, die Punkte 20 des öffentlichen Teils (Klarstellungs- und Ergänzungssatzung Nr. 1134 – Im Krusbusch -) und 4 des nichtöffentlichen Teils (Übernahme von Bürgschaften) von der Tagesordnung abzusetzen. Der zum Satzungsbeschluß bei Punkt 20 des öffentlichen Teils erforderliche Vertrag sei noch nicht unterzeichnet worden. Für die Übernahme der Bürgschaft lägen wesentliche Unterlagen noch nicht vor.

Es besteht Einvernehmen, daß die beiden Punkte von der Tagesordnung abgesetzt werden.

Im Anschluß daran weist Bürgermeisterin Opladen auf eine Resolution gegen die Deckelung der Elternbeiträge im Landeserlaß „Offene Ganztagschule im Primarbereich“ hin, die in der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport und des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuß) am 04.05.2004 als Tischvorlage unterbreitet wurde. Diese Resolution sei dem Rat jeweils einstimmig zur Beschlußfassung unterbreitet worden.

Sodann **beschließt** der Rat einstimmig folgende Resolution:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach fordert den Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen auf dafür zu sorgen, daß das Ministerium für Schule, Kinder und Jugend des Landes Nordrhein-Westfalen die Deckelung der Elternbeiträge im Landeserlaß „Offene Ganztagschule im Primarbereich“ aufhebt. Die Obergrenze für Elternbeiträge führt in sozial nicht gerechtfertigter Weise dazu, daß Eltern der oberen beiden Einkommensgruppen bei gleicher oder längerer täglicher Betreuungszeit in der Ganztagsbetreuung von Grundschulern gegenüber den Betreuungsangeboten im Hort verminderte Beiträge zahlen müssen, während in

den übrigen Einkommensgruppen gleiche Beiträge trotz sozialer Staffelung erhoben werden können.

<-@

2. **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**

@-> Die Niederschrift wird genehmigt.

<-@

3. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates vom 25.03.2004 - öffentlicher Teil -**

@-> Unter Bezugnahme auf die Durchführungsvermerke zu den Punkten 6 bis 14 informiert Bürgermeisterin Opladen darüber, daß die Kommunalaufsicht mit Schreiben vom 13.05.2004 das Haushaltssicherungskonzept der Stadt Bergisch Gladbach genehmigt habe. Die Haushaltssatzung für 2004 könne nunmehr bekanntgemacht werden. Das Genehmigungsschreiben ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Im übrigen nimmt der Rat den Bericht zur Kenntnis.

<-@

4. **Mitteilungen der Bürgermeisterin**

@-> 1. Benefiz-Konzert der Bigband der Bundeswehr zugunsten von „Bürger für uns Pänz e.V.“

Bürgermeisterin Opladen weist auf das Benefiz-Konzert der Bigband der Bundeswehr zugunsten von „Bürger für uns Pänz e.V.“ am Montag, dem 05.07.2004 ab 20.30 Uhr auf dem Konrad-Adenauer-Platz hin. Allen Mitgliedern des Rates sei hierzu ein Einladungsschreiben auf den Tisch gelegt worden. Sie bittet um eine zahlreiche Teilnahme.

2. Abiturienten-Entlassungsfeier der Integrierten Gesamtschule Paffrath (IGP)

Bürgermeisterin Opladen informiert darüber, daß am 18.06.2004 ab 19.30 Uhr die Entlassungsfeier der diesjährigen Abiturienten an der Integrierten Gesamtschule Paffrath stattfindet. Entsprechend dem Wunsch der Schulleitung übermittle sie den Mitgliedern des Rates und des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport die Einladung zur Teilnahme.

3. Resolution des Kreises

Bürgermeisterin Opladen informiert darüber, daß der Kreistag eine Resolution zur Anpassung der Grenze des Bezirks der Agentur für Arbeit Bergisch Gladbach an die Grenze des Rheinisch-Bergischen Kreises und zur Sicherung der kommunalen Finanzen bei der Umsetzung von Hartz IV beschlossen habe. Sie sei gebeten worden, die mit der Resolution verfolgten Zwecke zu unterstützen. Dies werde sie tun, insbesondere in den Gremien der kommunalen Spitzenverbände, denen sie angehöre. Sie bittet die Fraktionen, die Bemühungen des Kreises ebenfalls zu unterstützen. Allerdings seien Stadtkämmerer Kotulla und sie der Auffassung, daß es derzeit keiner Beschlußfassung des Rates über die Resolution bedürfe, da die Stadt Bergisch Gladbach über den Kreistag ohnehin mit

eingebunden sei. Sofern die Fraktionen eine andere Handhabung wünschten, bestehe die Möglichkeit, den Rat in seiner kommenden Sitzung am 13.07.2004 mit der Resolution zu befassen. Dem Wunsch des Kreises entsprechend habe sie den Resolutionstext inzwischen an die Fraktionen weitergeleitet.

Sie merkt abschließend an, daß in Bezug auf eine Umsetzung von Hartz IV derzeit keinerlei Klarheit bestehe. Dies sei heute morgen in der Arbeitsgemeinschaft Köln den Mitgliedern des Städte- und Gemeindebundes von Regierungspräsident Roters bestätigt worden. Derzeit würden die Unklarheiten, was für die Städte- und Gemeinden mit einer Umsetzung von Hartz IV verbunden sei, eher größer als kleiner. Es bleibe daher abzuwarten, wie eine Umsetzung zum 01.01.2005 erfolgen könne.

4. Bergisch Gladbacher Bündnis für Familie

Bürgermeisterin Opladen erinnert daran, daß die SPD-Fraktion mit Antrag vom 16.02.2004 die Teilnahme an der bundesweiten Initiative „Lokale Bündnisse für Familie“ angeregt habe. Der Rat habe sich in seiner Sitzung am 25.03.2004 mit der Angelegenheit befaßt und Einvernehmen erzielt, daß die Verwaltung ein Konzept zum Aufbau eines Bergisch Gladbacher Bündnisses für Familie erarbeiten solle. Als einen ersten Einstieg in die Thematik führe der Fachbereich 5 - Jugend und Soziales – am 01.07.2004 eine Arbeitstagung durch, in der eine mögliche Struktur eines solchen Bündnisses sowie zu bearbeitende Themenfelder eruiert werden sollen. Diese Veranstaltung werde vom Servicebüro für lokale Bündnisse in Berlin unterstützt und moderiert. Neben Mitarbeitern aus allen Fachbereichen der Verwaltung würden auch die Mitglieder des Rates zu dieser Arbeitstagung eingeladen.

<-@

5. Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft

1. Inhaltliche Neuorientierung

2. Strukturelle Veränderung/Neufassung des Gesellschaftsvertrages

@->

Frau Ryborsch bedauert, daß der Inhalt der Beschlußvorlage es ihrer Fraktion nicht möglich mache, einer inhaltlich neu orientierten und strukturell veränderten Rheinisch-Bergischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft zuzustimmen. Sie kritisiert, daß der Kreis es versäumt habe, im Rahmen eines Workshops oder im Hauptausschuß die beabsichtigte neue Form der kreisweiten Wirtschaftsförderung vorzustellen. Eine kreisweite Wirtschaftsförderung sei durchaus notwendig.

Herr Dr. Fischer betont, daß die F.D.P-Fraktion im Rat der Vorlage nicht zustimmen werde, obwohl die Neuorientierung der Gesellschaft durch deren Kollegen im Kreis mit getragen werde. Der Businessplan sei weitgehend unrealistisch und enthalte viele Elemente, deren Nutzen für die Stadt kaum nachzuvollziehen sei. Zudem seien offenbar weder die Kommunen noch die Industrie in die Businessplanung mit einbezogen worden. Auch fehlten die für eine effektive Wirtschaftsförderung wichtigen Standortkriterien nahezu völlig. Der Kreistag habe den Gesellschaftsvertrag so verändert, daß den Kommunen fast kein Mitspracherecht mehr zustehe.

Herr Dr. Kassner kritisiert, daß Frau Ryborsch und Herr Dr. Fischer ihre bereits im Hauptausschuß vertretenen Gegenargumente im Rat wiederholen.

Herr Ziffus verweist auf das Beispiel des Kommunalverbandes Aachen, dem für seinen Bereich die Gebietsentwicklungsplanung, die Flächenplanungen, die Verkehrsplanungen, die Abfallwirtschaft, die Kulturförderung und die Wirtschaftsförderung übertragen wurde. Eine solche Regelung entspreche exakt den Vorstellungen seiner Fraktion. Hierzu im Gegensatz stehe die beabsichtigte Veränderung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft, der seine Fraktion nicht zustimmen könne.

Bürgermeisterin Opladen korrigiert die Aussage von Herrn Ziffus hinsichtlich des benannten Kommunalverbandes. Die benannten Themenfelder würden von diesem gerade nicht bearbeitet.

Herr Buchholz sieht in der Neuformierung des Rheinisch-Bergischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Region. Einzelne von Herrn Dr. Fischer angesprochene Kritikpunkte könne er nachvollziehen. Jedoch sehe er den Kreis nicht in einer dominierenden, sondern in einer koordinierenden Stellung. Als größte kreisangehörige Kommune müsse Bergisch Gladbach Ressourcen in die kreisweite Wirtschaftsförderung einbringen. Die Städte Köln und Bonn betrieben eine überaus aggressive Wirtschaftsförderung, so daß der Rheinisch-Bergische Kreis sich behaupten müsse. Daher solle dem zur Beschlußfassung unterbreiteten Konzept gefolgt werden.

Herr Orth möchte der Rheinisch-Bergischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft mit ihrer neuen Konzeption eine Chance geben. Ihre Gremien seien verschlankt, der Aufgabenzuschnitt sei reduziert und verändert worden. Auch habe man die Schnittmengen zu den kommunalen Aufgaben erheblich reduziert. Die SPD-Fraktion stimme daher dem Konzept zu.

Bürgermeisterin Opladen betont, daß die Neuausrichtung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft in enger Abstimmung mit den Wirtschaftsförderern der kreisangehörigen Kommunen erfolge. Eine ebenso enge Abstimmung gebe es mit dem Gremium der Hauptverwaltungsbeamten. Die neue Gesellschafterversammlung sei ein Ergebnis der Gespräche in diesem Gremium. Das neue Konzept solle daher mit Leben gefüllt werden. Die neue Gesellschaft verstehe sich gemäß § 2 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages als ein Dienstleistungsunternehmen für die Unternehmen im kreisangehörigen Raum und für die Gesellschafter. Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft könne künftig aufgrund ihrer Neustrukturierung einiges zugunsten aller kreisangehörigen Kommunen erreichen. Sie schlägt vor, dem Beschlußvorschlag zu folgen.

Sodann faßt der Rat mehrheitlich gegen die Stimmen von F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgenden **Beschluß**:

<-@

@->

- 1.) **Der Rat nimmt das als Anlage beigefügte Arbeitspapier zur inhaltlichen Neuorientierung der Rheinisch-Bergischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH (Businessplanung) zur Kenntnis.**
- 2.) **Die Vertreter des Rates in der Gesellschafterversammlung der Rheinisch-Bergischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH werden damit beauftragt,**
 - a) **der Neufassung des Gesellschaftsvertrags auf der Grundlage und im Um-**

fang des als Anlage beigefügten Gesellschaftsvertrags-Entwurfes zuzustimmen,

- b) die Erhöhung des Stammkapitals von 52.000,00 Euro auf 74.300,00 Euro zu beschließen,
- c) der Übernahme der Erhöhung des Stammkapitals durch den Rheinisch-Bergischen Kreis zuzustimmen.

<-@

6.1 Brandschutzbedarfsplan der städtischen Feuerwehr;
Informationen zum Grad der Zielerreichung in 2003

@-> Der Rat nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

<-@

6.2 Brandschutzbedarfsplan der städtischen Feuerwehr;
Vorgabe von intensiveren Auflagen im vorbeugenden Brandschutz

@-> Der Rat faßt einstimmig folgenden Beschluß:

Der Ratsbeschluß vom 17.07.2003 zu Tagesordnungspunkt A 6, Ziffer 3. c) wird aufgehoben.

<-@

7. XV. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für Krankentransporte der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Bergisch Gladbach

@-> Der Rat faßt einstimmig folgenden Beschluß:

Die XV. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für Krankentransporte der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Bergisch Gladbach wird in der Fassung der Vorlage beschlossen.

<-@

8. Entgelte für die VHS-Veranstaltungen im Herbstsemester 2004

@-> Der Rat faßt einstimmig folgenden Beschluß:

Die Entgelte für die VHS-Veranstaltungen im Herbstsemester 2004 werden beschlossen.

<-@

9. Satzung der Stadt Bergisch Gladbach zur Erhebung von Elternbeiträgen im Rahmen des außerunterrichtlichen Angebots an den städtischen Grundschulen und der Wilhelm-Wagener-Schule

@-> Der Rat faßt einstimmig folgenden Beschluß:

Die Satzung der Stadt Bergisch Gladbach zur Erhebung von Elternbeiträgen im Rahmen des außerunterrichtlichen Angebots an den städtischen Grundschulen und der Wilhelm-Wagener-Schule wird beschlossen.

<-@

10. Richtlinien zur Förderung des außerunterrichtlichen Angebotes an den Grundschulen und weiterführenden Schulen der Stadt Bergisch Gladbach

@-> Frau Schneider kritisiert, daß die nachfolgende Ergänzung zu 7.4 der Richtlinien des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann nicht in die ergänzenden Anlagen für die drei nachfolgenden Fachausschüsse eingeflossen sei.

„Das Betreuungsangebot soll während der Ferien fortgeführt und mit einem vom Standardangebot abweichenden besonderen Ferienprogramm versehen werden.“

Bürgermeisterin Opladen schlägt in Abstimmung mit Fachbereichsleiter Hastrich und der Gleichstellungsbeauftragten Fahner eine Ergänzung des Punktes 7.4 wie folgt vor:

„Während dieser Zeit wird das Betreuungsangebot mit einem besonderen Ferienprogramm versehen.“

Sodann faßt der Rat einstimmig folgenden **Beschluß:**

Die Richtlinien zur Förderung des außerunterrichtlichen Angebotes an den Grundschulen und weiterführenden Schulen der Stadt Bergisch Gladbach werden in der Fassung der Vorlage unter Berücksichtigung der Änderungsvorschläge entsprechend Ergänzung 1 zur Beschlußvorlage Nr. 219/ 2004 sowie der oben genannten Ergänzung von Bürgermeisterin Opladen zu 7.4 der Richtlinien beschlossen.

<-@

11. Richtlinien zur Förderung der Kindertagesstätten; Beseitigung eines redaktionellen Fehlers

@-> Der Rat faßt einstimmig folgenden **Beschluß:**

<-@

- @-> 1. Abweichend von § 1 Absatz 2 der Zuständigkeitsordnung wird auf die Vorberatung der vorliegenden Beschlußvorlage im Jugendhilfeausschuß (Jugendhilfe- und Sozialausschuß) als zuständigem Fachausschuß verzichtet.
2. Die Änderung bei Ziffer 5.1 der „Richtlinien zur Förderung der Kindertagesstätten“ wird gemäß vorliegender Beschlußvorlage beschlossen.

<-@

13. Feststellung des Jahresabschlusses 2002 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung "Verkehrsflächen der Stadt Bergisch Gladbach"

@-> Der Rat faßt einstimmig folgenden **Beschluß:**

<-@

@-> Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach stellt vorbehaltlich der Übernahme des uneingeschränkten Bestätigungsvermerks der Wirtschaftsprüfer durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW

1. gemäß § 26 Abs. 2 EigVO die Bilanz zum 31.12.2002 in Aktiva und Passiva mit 216.425.647,10 €,

die Gewinn- und Verlustrechnung mit einem Jahresverlust von 11.009.132,94 €
fest,

gemäß § 26 Abs. 2 EigVO den Lagebericht 2002 fest.
2. Der Jahresverlust 2002 wird dem Rücklagekapital für allgemeine Zwecke entnommen.

<-@
14. Parkraumbewirtschaftung

@-> Herr Freese weist darauf hin, daß der Finanz- und Liegenschaftsausschuß dem Rat keine Beschlußempfehlung unterbreitet habe. Dies beruhe darauf, daß die Verwaltung entsprechend dem Willen des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr eine neue Konzeption zur Parkraumbewirtschaftung erarbeiten solle, die in der kommenden Sitzung dieses Gremiums zu behandeln sei.

Bürgermeisterin Opladen geht davon aus, daß die Angelegenheit beschlußreif sei. Werde etwas anderes gewünscht, so bitte sie um das Stellen entsprechender Anträge.

Frau Ryborsch beantragt, die Entscheidung über den Tagesordnungspunkt zu vertagen und diesen nochmals im Ausschuß für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr zu beraten.

Herr Dr. Fischer beantragt, über die Beschlußvorschläge abzustimmen.

Sodann lehnt der Rat den Vertagungsantrag von Frau Ryborsch mehrheitlich mit den Stimmen von CDU und F.D.P. ab.

Herr Neuheuser kündigt ein anderes Abstimmungsverhalten seiner Fraktion als im Ausschuß für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr an. Dies beruhe auf einer erneuten intensiven internen Beratung.

Sodann faßt der Rat zunächst einstimmig folgenden **Beschluß**:

Die in der Anlage 2 zur Beschlußvorlage 108/2003 unter der Ziffer 1 (Johann-Wilhelm-Lindlar-Straße), Ziffer 2 (Johannisplatz westlich der Richard-Zanders-Straße) und Ziffer 7 (Schloßberggarage) aufgeführten Parkplätze bleiben in der Parkraumbewirtschaftung.

Danach faßt der Rat mehrheitlich mit den Stimmen von CDU und F.P.D. bei einigen Stimmenthaltungen aus den Reihen der SPD folgenden **Beschluß**:

Die übrigen in der Anlage 2 aufgeführten Parkplätze werden aus der Parkraumbewirtschaftung herausgenommen und als „Blaue Zone“ (2 Stunden Parkzeit, montags bis freitags 8.00 Uhr bis 19.00 Uhr, samstags 8.00 Uhr bis 14.00 Uhr) ausgewiesen.

<-@

15. **Änderung Nr. 109/4112 - Goethestraße - des Flächennutzungsplanes**
- Beschluß der Änderung

@-> Herr Neu begibt sich in den Zuschauerraum, da er befangen ist.

Sodann faßt der Rat mehrheitlich gegen die Stimmen von F.D.P. und KIDinitiative bei einer Gegenstimme aus den Reihen der CDU-Fraktion und bei Stimmenthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgenden **Beschluß**:

<-@

@-> **Gemäß § 2 des Baugesetzbuch wird die Änderung Nr. 109/4112 – Goethestraße – des Flächennutzungsplanes beschlossen. Der Änderung ist ein Erläuterungsbericht beigelegt (§ 5 Abs. 5 BauGB).**

Herr Neu kehrt an seinen Platz zurück.

<-@

16. **Änderung Nr. 144/2224 - Am Heidedor - des Flächennutzungsplanes**
- Beschluß der Änderung

@-> Der Rat faßt in getrennten Abstimmungen jeweils mehrheitlich mit den Stimmen von CDU und drei Stimmen aus den Reihen der SPD gegen die übrigen Stimmen der SPD, gegen die Stimmen von F.D.P., KIDinitiative und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei einer Stimmenthaltung aus den Reihen der SPD folgende **Beschlüsse**:

<-@

@-> **I. Den im Rahmen der öffentlichen Auslegung der Änderung Nr. 144/ 2224 - Am Heidedor - des Flächennutzungsplanes vorgebrachten Anregungen der Einwander Arbeitsgemeinschaft der Naturschutzverbände wird nicht entsprochen.**

II. Gemäß § 2 des Baugesetzbuches wird die Änderung Nr. 144/ 2224 - Am Heidedor - des Flächennutzungsplanes beschlossen. Der Änderung ist ein Erläuterungsbericht beigelegt (§ 5 Abs. 5 BauGB).

<-@

17. **Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 2224 - Am Heidedor -**
- Beschluß zu Anregungen
- Beschluß als Satzung

@-> Der Rat faßt in getrennten Abstimmungen jeweils mehrheitlich mit den Stimmen der CDU und einigen Stimmen aus den Reihen der SPD bei einer Stimmenthaltung aus den Reihen der SPD folgende **Beschlüsse**:

<-@

@-> **I. Den im Rahmen der öffentlichen Auslegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 2224 - Am Heidedor - gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch vorge-**

brachten Anregungen der Einwender

**B 1 Anwohner von Keltenweg, Heidetor und Mutzer Straße,
c/o Axel und Gabi Wilke, wird nicht entsprochen,**

B 2 Sabine und Torsten Spürck wird nicht entsprochen,

B 3 Gerlinde und Peter Heyden wird weitgehend entsprochen,

T 1 GEW Rhein Energie (BELKAW) wird entsprochen,

T 2 Rheinisch-Bergischer Kreis wird teilweise entsprochen,

T 3 Katholische Kirchengemeinde Hl. Dreikönige Hebborn wird nicht entsprochen,

T 4 Arbeitsgemeinschaft der Naturschutzverbände wird nicht entsprochen.

II. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt, den Durchführungsvertrag in der vorliegenden Fassung abzuschließen.

III. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt gemäß § 10 BauGB und der §§ 7 und 41 Gemeindeordnung NW den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 2224 - Am Heidetor - als Satzung und die Begründung gemäß § 9 Abs. 8 BauGB dazu.

<-@

18. Bebauungsplan Nr. 3342 - Lohhecke

- Beschlüsse zu Anregungen

- Beschluß als Satzung

@->

Stadtbaurat Schmickler erläutert, daß die Aufhebung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates vom 25.03.2004 und die vorgeschlagene Neufassung aus Rechtsgründen erforderlich seien. Er weist darauf hin, daß in den vergangenen Tagen sowohl der Verwaltung als auch den Fraktionen ein Brief eines Anliegers zugegangen sei. Die dort geäußerten Wünsche entsprächen planerischen Vorstellungen, über die der Planungsausschuß bereits abschließend befunden habe. Das Schreiben enthalte des weiteren Hinweise zum Umlegungsverfahren, die in den Umlegungsausschuß gehörten und nicht Gegenstand dieser Ratssitzung sein könnten. Als Vorschlag werde unterbreitet, die Erschließung entsprechend einer Planung aus dem Jahre 1994 zu verändern. Diese Konzeption sei jedoch für anliegende Grundstücke an der Sander Straße sehr nachteilig, da dann die entstehende Neubebauung sehr nahe an den Altbestand heranrücken würde. Daher sei dieser Vorschlag bereits 1995 durch die zuständigen Gremien negativ entschieden worden.

Sodann faßt der Rat in getrennten Abstimmungen jeweils mehrheitlich gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. bei drei Stimmenthaltungen aus den Reihen der CDU folgende **Beschlüsse:**

<-@

@->

I. Die Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 25.03.2004 zu Tagesordnungspunkt

A 38 Bebauungsplan Nr. 3342 – Lohhecke –

- Beschlüsse zu Anregungen

- Beschluss als Satzung

werden aufgehoben.

II. (Anregungen aus der Sitzung des Planungsausschusses am 26.06.2003)

Den im Rahmen der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplans Nr. 3342 – Lohhecke – gemäß § 3 Abs. 2 BauGB vorgebrachten Anregungen von

- B 1 Herr Herbert Selbach wird nicht entsprochen,**
- B 2 Eheleute Bosbach wird nicht entsprochen,**
- B 3 Frau Silke Heidkamp wird nicht entsprochen,**
- B 4 Herr Ralf Heidkamp wird nicht entsprochen,**
- B 5 Eheleute Adolf und Elke Heidkamp wird nicht entsprochen,**
- B 6 Frau Anette Niedermeier wird nicht entsprochen,**
- B 7 Frau Hertha Homberg-Feil wird entsprochen,**
- B 8 Frau Maria Reuter wird nicht entsprochen,**
- B 9 Eheleute Seidenbiedel wird nicht entsprochen,**
- B 10 Eheleute Katzemich wird nicht entsprochen,**
- B 11 Eheleute Werner und Helga Beilke wird nicht entsprochen,**
- B 12 Eheleute Rausch wird nicht entsprochen,**
- B 13 Frau Gerda Keller, Frau Anja Keller sowie Frau Heike Ommer wird nicht entsprochen,**
- B 14 Herr Heinz Schäfer wird nicht entsprochen,**
- B 15 Herr Heppner wird teilweise entsprochen,**
- B 16 Frau M. Schönhagen wird teilweise entsprochen,**
- B 17 Herr Wolfgang Engber wird nicht entsprochen,**
- B 18 Herr Horst Müller wird teilweise entsprochen,**
- B 19 Frau Andrea Bertram wird teilweise entsprochen,**
- T 1 GEW RheinEnergie wird entsprochen,**
- T 2 Rhein.-Berg. Kreis wird nicht entsprochen.**

und

**(Anregungen aus der Sitzung des Planungsausschusses am 18.09.2003)
den im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung des Bebauungsplans
Nr. 3342 – Lohhecke – gemäß § 3 Abs. 2 BauGB vorgebrachten Anregungen von**

- B 1 Familie Beilke wird nicht entsprochen,**
- B 2 Herrn Jacob Bertram wird nicht entsprochen,**
- B 3 Frau Andrea Bertram wird nicht entsprochen,**
- B 4 den Damen Gerda Keller, Heike Ommer und Anja Keller wird nicht entsprochen,**
- B 5 der Eigentümergemeinschaft Heppner / Schönhagen sowie Frau Marlis Feldmann wird nicht entsprochen,**
- B 6 Herrn Horst Müller, wird nicht entsprochen,**
- B 7 Familie Dr. Schmitter wird nicht entsprochen,**
- T 1 dem Rheinisch- Bergischen Kreis wird nicht entsprochen.**

III. Der Bebauungsplan Nr. 3342 – Lohhecke – wird gemäß § 10 BauGB, §§ 7 und 41 GO NRW als Satzung und dazu die Begründung gemäß § 9 Abs. 8 BauGB beschlossen.

Herr Buchholz stellt in einer persönlichen Erklärung fest, daß er im Geltungsbereich des Bebauungsplanes weder persönliche Interessen verfolge noch über Grundbesitz verfüge. Er habe daher zu Recht an der Abstimmung teilgenommen.

<-@

19. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 1224 - Seelsheide -

@-> Stadtbaurat Schmickler erläutert, daß zu diesem Bebauungsplan die Beschlüsse des Rates vom 17.07.2003 aufzuheben und anschließend neu zu fassen seien. Es sei insofern ein Fehler unterlaufen, als daß zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses am 17.07.2003 der dazugehörige Durchführungsvertrag noch nicht unterschrieben war. Hieraus hätten sich jedoch keine negativen Weiterungen ergeben, da alle Unstimmigkeiten unter den am Verfahren beteiligten Grundeigentümern geregelt werden konnten. Inzwischen sei der Vertrag unterschrieben worden, so daß einem erneuten Satzungsbeschuß nichts im Wege stehe.

Sodann faßt der Rat in getrennten Abstimmungen jeweils mehrheitlich gegen die Stimmen von F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgende **Beschlüsse:**

<-@

@->

I. Die Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 17.07.2003 zu Tagesordnungspunkt Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 1224 – Seelsheide –
– Beschlüsse zu Anregungen
– Durchführungsvertrag
– Beschluss als Satzung
werden aufgehoben.

**II. (Anregungen aus der Sitzung des Planungsausschusses vom 29.01.2003)
Den im Rahmen der 1. Öffentlichen Auslegung des Vorhaben- und Erschließungsplans Nr. 1224 – Seelsheide – gem. §3 Abs.2 BauGB vorgetragenen Anregungen der Einwender**

B 1 Olaf Pohland wird teilweise stattgegeben,

B 2 Christoph und Heidi Fellauer wird nicht stattgegeben,

B 3 Dr. Helge Jürgen und Christa Dargel wird teilweise stattgegeben.

T 1 Rheinisch Bergischer Kreis wird teilweise stattgegeben,

T 2 Staatliches Forstamt, Untere Forstbehörde wird teilweise stattgegeben,

T 3 Rechtsrheinische Gas- und Wasserversorgung wird stattgegeben,

T 4 BELKAW wird teilweise stattgegeben,

F 1 Feuerwehr wird nicht stattgegeben,

F 2 Verkehr wird stattgegeben,

F 3 Kinderbüro wird nicht stattgegeben,

F 4 Bauaufsicht wird stattgegeben.

und

(Anregungen aus der Sitzung des Planungsausschusses vom 26.06.2003)

Den im Rahmen der 2. Öffentlichen Auslegung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 1224 – Seelsheide – vorgetragenen Anregungen der Einwender

B 1 Dr. Helge Jürgen und Christa Dargel wird teilweise entsprochen,

B 2 Herr Peter Dettmar wird nicht entsprochen,

T 1 GEW RheinEnergie AG wird entsprochen,

T 2 Staatliches Forstamt wird teilweise entsprochen,

T 3 Rhein.-Berg. Kreis Der Landrat wird teilweise entsprochen,

T 4 Deutsche Telekom wird entsprochen.

III. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt, den Durchführungsvertrag in der vorliegenden Fassung abzuschließen.

IV. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt gemäß § 10 BauGB und der §§ 7 und 41 GO NW den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 1224 – Seelsheide – als Satzung und dazu die Begründung gemäß § 9 Abs. 8 BauGB.

20. <-@
Klarstellungs- und Ergänzungssatzung Nr. 1134 - Im Krusbusch -
- Beschluß zu Anregungen
- Beschluß als Satzung

@-> Der Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

21. <-@
Angelegenheiten des Ausländerbeirates

@-> Bürgermeisterin Opladen informiert darüber, daß der Ausländerbeirat in seiner Sitzung am 25.05.2004 die Beschlußempfehlungen des Hauptausschusses begrüßt habe. Bedauert habe er die Ablehnung seines Antrages, das aktive Wahlrecht auf eingebürgerte Deutsche auszuweiten. Er appelliere an den Rat, dies zu tun.

Frau Ryborsch bittet darum, über die Beschlußempfehlung des Hauptausschusses einzeln abzustimmen.

Sodann faßt der Rat zunächst einstimmig folgenden **Beschluß:**

Anstelle der Bezeichnung „Ausländerbeirat“ soll das Gremium die Bezeichnung „Kommunaler Integrationsbeirat“ erhalten.

Danach faßt der Rat einstimmig folgenden **Beschluß:**

1. **Abweichend von § 27 Abs. 11 GO NW ist Briefwahl möglich.**
2. **Persönliche Vertreterinnen und Vertreter auf der Reserveliste sollen gewählt werden, damit auch im Falle des Nachrückens die Ausgewogenheit der Mitglieder nach Nationen gewährleistet bleibt. Die Vertretungsregelung der gewählten Mitglieder für die Sitzungen soll über die Reserveliste erfolgen.**

Danach faßt der Rat mehrheitlich gegen eine Stimme aus den Reihen der CDU-Fraktion folgenden **Beschluß:**

Der Antrag des Ausländerbeirates, das aktive Wahlrecht auf eingebürgerte Deutsche auszuweiten, wird abgelehnt.

Danach faßt der Rat einstimmig folgenden **Beschluß:**

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Genehmigung nach § 126 GO NRW für die

oben genannten Abweichungen von § 27 GO NRW beim Innenministerium NW zu beantragen.

Zuletzt faßt der Rat einstimmig folgenden **Beschluß**:

Die Wahl findet am 21.11.2004 statt.

<-@

22. Entsendung in das Kuratorium der "Bürgerstiftung für Bergisch Gladbach"

@-> Herr Ziffus kritisiert, daß in der Satzung der neuen Stiftung der Bereich Natur und Umwelt nicht erfaßt werde. Um auf eine Erweiterung der Stiftungssatzung hinzuwirken, würden sich zwei Mitglieder seiner Fraktion der Stimmabgabe enthalten.

Bürgermeisterin Opladen nimmt an der folgenden Abstimmung nicht teil.

Sodann faßt der Rat einstimmig folgenden **Beschluß**:

<-@

@-> **Frau Bürgermeisterin Maria Theresia Opladen wird in das Kuratorium der „Bürgerstiftung für Bergisch Gladbach“ entsendet.**

<-@

**23. Amtszeit der Aufsichtsratsmitglieder der Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg (SRS) m.b.H.;
Entsendung einer Vertreterin/eines Vertreters der Stadt Bergisch Gladbach in den Aufsichtsrat der SRS**

@-> Herr Ziffus bedauert, daß Herr Jung nicht bereit ist, über seine bisherige Tätigkeit im Aufsichtsrat der SRS zu berichten. Er erwarte keine Informationen über Details aus dieser Tätigkeit, jedoch zumindest über die wichtigen Angelegenheiten. Seine Fraktion werde daher gegen seine weitere Entsendung stimmen.

Bürgermeisterin Opladen entgegnet, daß Herr Jung im Hauptausschuß zu Recht darauf hingewiesen habe, nicht befugt zu sein, in öffentlicher Sitzung über seine Tätigkeit im Aufsichtsrat zu berichten.

Herr Jung bestätigt, daß er im öffentlichen Teil zu keinem Bericht bereit sei, für den nichtöffentlichen Teil könne man dies ggf. erwägen. Auch sei er in der Lage, schriftliche Informationen über seine Tätigkeit auszuhändigen.

Bürgermeisterin Opladen ergänzt, daß es im übrigen Regularien für die Berichterstattung von Aufsichtsratsmitgliedern gebe.

Frau Ryborsch beantragt eine Vertagung des Tagesordnungspunktes in den nichtöffentlichen Teil.

Dieser Antrag wird mehrheitlich mit den Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Sodann faßt der Rat mehrheitlich mit den Stimmen von CDU, F.D.P. und KIDinitiative folgenden **Beschluß**:

- <-@
@-> **Das Ratsmitglied Otto Jung wird als Vertreter der Stadt Bergisch Gladbach in den Aufsichtsrat der Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg m.b.H. entsandt.**

<-@
12. **Einwohnerfragestunde**

- @-> Einwohneranfrage zur Bereitstellung von Plakatwänden und Dreieckständern zu Zwecken der Wahlwerbung

Herr Klaus Hoffmann verliest seine Einwohneranfrage vom 10.05.2004 zur Bereitstellung von Plakatwänden und Dreieckständern für Wahlzwecke. Dieses Schreiben ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Sodann beantwortet Bürgermeisterin Opladen diese Einwohneranfrage. Auch die Beantwortung ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

<-@
24. **Neuberufung eines Mitgliedes in den Verwaltungsausschuß der Agentur für Arbeit**

- @-> Der Rat faßt mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD und gegen eine Stimme aus den Reihen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgenden **Beschluß:**

- <-@
@-> **Für die am 01.07.2004 beginnende 11. Amtsperiode des Verwaltungsausschusses der Agentur für Arbeit wird als gemeinsamer Vorschlag der Kommunen des Rheinisch-Bergischen Kreises Herr Kreisdirektor Oliver Wolff benannt.**

<-@
25. **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 13.05.2004 zur Umbesetzung in verschiedenen Ratsausschüssen**

- @-> Der Rat faßt einstimmig folgenden **Beschluß:**

Den Ausschußumbesetzungen wird zugestimmt.

<-@
26. **Anfragen der Ratsmitglieder**

- @-> 1. Anfrage zum Schwimmbad Mohnweg

Herr Dr. Miede weist auf den im Ausschuß für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 04.05.2004 unter Punkt 17 des öffentlichen Teiles abgegebenen schriftlichen Sachstandsbericht der Verwaltung zum Schwimmbad Mohnweg hin. Im Rahmen der Diskussion habe Herr Dehler für die CDU-Fraktion einen Antrag gestellt, der im Rahmen eines Public-Private-Partnerships (PPP) u. a. die Gründung eines „Koordinierungsgremiums“ vorsah. Diesem Antrag habe der Ausschuß einstimmig zugestimmt.

Er stellt hierzu folgende Fragen:

- Wurde das Koordinierungsgremium bereits eingerichtet?
- Gibt es eine Zeitvorstellung, wann das Koordinierungsgremium erstmals zusammentritt?
- Gibt es eine Vorstellung, auf welche Art und Weise das vorgesehene Sanierungskonzept in Gang kommt?

Stadtkämmerer Kotulla merkt an, daß das Koordinierungsgremium bereits einmal getagt habe. Die Anfrage werde im übrigen schriftlich beantwortet.

2. Anfragen zum Urteil des Bundesgerichtshofes zur Haftung bei Überschwemmungen vom 11.03.2004 und zu den von der Firma G & H Isover verursachten Immissionen

Herr Ziffus nimmt Bezug auf das o. g. Urteil des Bundesgerichtshofes und fragt an, welche Konsequenzen sich aus diesem für die Stadt Bergisch Gladbach ergeben. Er weist hierbei auf die Überschwemmungen in verschiedenen Bereichen des Stadtgebietes im Jahr 2000 und im Jahr 2002 hin.

Weiterhin nimmt er Bezug auf die Vorstellung eines Immissionsgutachtens durch die Firma G & H Isover in der vergangenen Woche. Er fragt hierzu an, wie die Bürgermeisterin die Belastung der Luft in Bergisch Gladbach durch 7,5 kg

Formaldehyd pro Stunde und 13,5 kg Phenol pro Stunde bewerte. Beide Stoffe seien mutagen, keimschädigend und krebserregend. Die schwedische Niederlassung der Firma arbeite aufgrund dessen mit einem anderen Bindemittel.

3. Anfrage zur Umsetzung von Hartz IV und zum Umgang mit Meinungsäußerungen von Mitgliedern des Rates in den Ratssitzungen

Herr Dr. Fischer stellt folgende Anfragen:

- a) Könne die Bürgermeisterin Angaben machen, wie sich die Zusammenarbeit zwischen dem Fachbereich 5 und der Agentur für Arbeit entwickelt habe? Könne die Bürgermeisterin des weiteren Angaben dazu machen, welche zusätzlichen Belastungen oder Einsparungen die Umsetzung von Hartz IV erwarten lasse?
- b) Folge die Bürgermeisterin der Meinung von Herrn Dr. Kassner, daß die Wiederholungen von Argumenten zu einem bestimmten Tagesordnungspunkt zur Meinung einer Fraktion in einer Ratssitzung Zeitverschwendung sei, wenn dies in einer ähnlichen Form schon einmal vorgetragen wurde?

Bürgermeisterin Opladen antwortet zu a), daß der Ältestenrat sich in seiner kommenden Sitzung ausführlich mit dem Gesetzgebungsverfahren zum Hartz-Konzept und dessen Auswirkungen, die im Augenblick noch nicht überschaubar seien, befassen werde. Frau Schmidt-Bolzmann als Fraktionsvorsitzende der F.D.P. sei eine Einladung zugegangen.

Zu b) der Anfrage merkt sie an, daß der Rat das oberste Gremium der Stadt sei.

4. Schriftliche Anfrage der FPD-Fraktion vom 21.05.2004 zum Untersuchungsbericht des Fachbereiches 7 über die Erhebung der Abwasserabgabe 1996 bis 2002

Herr Dr. Fischer nimmt Bezug auf die Beantwortung der o. g. schriftlichen Anfrage seiner Fraktion im Wege der Tischvorlage und kündigt an, daß er auf die Angelegenheit zurückkommen werde. Eine grobe Durchsicht zeige aus seiner Sicht, daß die Fragen entweder nicht richtig verstanden wurden oder die Antworten an denselben vorbei gingen.

5. Anfrage zum geplanten Kinderhaus

Frau Schmidt-Bolzmann stellt zum geplanten Kinderhaus folgende Fragen:

- Für welchen Termin ist der Baubeginn geplant?
- Wer ist mit dem Bau beauftragt worden?

Die Anfragen werden, soweit sie nicht bereits mündlich beantwortet wurden, schriftlich beantwortet.

Bürgermeisterin Opladen schließt die öffentliche Sitzung.

<-@